

// Im Blickpunkt

Das BAG veröffentlichte die Zahlen seiner Geschäftslage. Die Gesamtzahl der Verfahren steigerte sich auf 2715 (+ 4 % zum Vorjahr), wobei die Zahl der Revisionen und Rechtsbeschwerden deutlich zurückging, während die Zahl der Nichtzulassungsbeschwerden – deren Erfolgsquote bei nur 8 % gleich niedrig blieb – stark anstieg. Die Zahl der Erledigungen wurde um ca. 20 % gesteigert. Die durchschnittliche Verfahrensdauer aller erledigten Verfahren belief sich auf 6,5 Monate (PM des BAG vom 30.1.2008).

Armin Fladung, Verantwortlicher Redakteur Arbeitsrecht



// Standpunkt



von **Dr. Antje-Kathrin Uhl**, RAin, FAArBR, Partnerin bei CMS Hasche Sigle, Stuttgart

Neue Themen bei der betrieblichen Mitbestimmung

Auch wenn dies angesichts der sehr wohl berechtigten Diskussion um Nokia in Bochum untergegangen sein mag, der Arbeitsmarkt ist noch in Schwung: Die Zahl der Arbeitslosen wird nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit in 2008 weiter sinken. So wird im Jahresdurchschnitt ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 300 000 auf 3 500 000 erwartet (FAZ vom 23.1.2008). Ruhigere Zeiten also für die Unternehmen und ihre arbeitsrechtlichen Berater? Mitnichten. Dafür sorgen schon die Gesetzgeber auf europäischer und deutscher Ebene, denen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts sicher nicht der Vorwurf der Untätigkeit gemacht werden kann. Da Personalabbau glücklicherweise derzeit bei vielen Unternehmen nicht das Thema ist, die Betriebsräte aber ja trotzdem freigestellt sind, konzentrieren sie sich wieder verstärkt auf das zweite „Herzstück“ der Mitbestimmung, § 87 BetrVG. In dem Mitbestimmungskatalog des § 87 BetrVG lassen sich viele beschäftigungsintensive Themen wie zum Beispiel die Initiative zur Mitarbeiterbefragung über „psychische Belastungen am Arbeitsplatz“, das Thema betrieblicher Raucher- bzw. Nichtraucher-schutz (ja, durchaus auch „Raucherschutz“, dies hängt oft ab von den Rauchgewohnheiten der Betriebsräte) oder auch die Frage der Gestaltung der Räumlichkeiten bei Umzug in neue Bürogebäude (einschließlich der Initiative „auf jedem Stock die Mikrowelle fürs Mittagessen“) in der Beratungspraxis feststellen. Zeit also, dass sich auch die Unternehmen wieder mit dem Katalog des § 87 BetrVG befassen müssen – ihre Betriebsräte sind geschult darin!

Entscheidungen**BAG: Schadenersatz wegen mangelhafter Unterrichtung bei BÜ**

Der achte Senat entschied in seinem Urteil vom 31.1.2008 – 8 AZR 1116/06 –, dass der bisherige Arbeitgeber oder der neue Betriebsinhaber bei einem Betriebsübergang die betroffenen Arbeitnehmer auch darüber unterrichten muss, dass der Betriebserwerber nur die beweglichen Anlagenteile des Betriebes, nicht aber das Betriebsgrundstück übernimmt.

(Quelle: Pressemitteilung des BAG vom 31.1.2008)

➔ *Dazu demnächst im BB der Volltext mit BB-Komm. von Bittmann.*

BAG: Statische und dynamische Verweisung auf Tarifvertrag

Der vierte Senat entschied in seinem Urteil vom 19.9.2007 – 4 AZR 710/06 – wie folgt: Ob eine Verweisung auf einen Tarifvertrag statisch oder dynamisch ist, ist eine Frage der Auslegung der arbeitsvertraglichen Klausel, die nach den §§ 133, 157 BGB unter Berücksichtigung der §§ 305 ff. BGB zu erfolgen hat.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-1 unter www.betriebs-berater.de

BAG: Zusammenhangsklage bei rechtswegfremder Forderung

Der fünfte Senat entschied in seinem Beschluss vom 28.11.2007 – 5 AZB 44/07 – wie folgt: Im Falle der Aufrechnung mit einer rechtswegfremden Forderung kommt die Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen nach § 2 Abs. 3 ArbGG in Betracht (Zusammenhangsklage). Im Übrigen sind die Gerichte für Arbeitssachen für den Rechtsstreit nur insoweit zuständig, wie nicht mit Rechtskraftwirkung über die Gegenforderung zu entscheiden ist (§ 322 Abs. 2 ZPO).

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-2 unter www.betriebs-berater.de

BAG: Weisungsbefugnis gegenüber Lehrkräften

Der neunte Senat entschied in seinem Urteil vom 16.10.2007 – 9 AZR 144/07 – wie folgt: Der Arbeitgeber kann der Lehrkraft im Rahmen billigen Ermessens i. S. v. § 106 Satz 1 GewO verbindlich die Weisung erteilen, während der Schulferien zur Erfüllung bestimmter Aufgaben in der Schule anwesend zu sein.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-3 unter www.betriebs-berater.de

BAG: Mitbestimmung bei Einstellung von Ein-Euro-Jobbern

Der erste Senat entschied in seinem Beschluss vom 2.10.2007 – 1 ABR 60/06 – wie folgt: Die Beschäftigung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger i. S. v. § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II – sog. Ein-Euro-Jobber – ist eine Einstellung i. S. v. § 99 Abs. 1 BetrVG. Der Betriebsrat hat hierbei mitzubestimmen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-4 unter www.betriebs-berater.de

BAG: Keine Selbstbeordnung eines Rechtsanwalts bei PKH

Der dritte Senat entschied in seinem Beschluss vom 14.11.2007 – 3 AZB 26/07 –, dass ein Rechtsanwalt nicht verlangen kann, dass er sich in eigener Sache nach Bewilligung von Prozesskostenhilfe selbst beigeordnet wird.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-5 unter www.betriebs-berater.de

ArbG Bochum: Altersgruppen bei Sozialauswahl

Das ArbG hat in seinem rechtskräftigen Urteilen vom 2.8.2007 – 3 Ca 827/07 und 3 Ca 828/07 – zum einen die Wirksamkeit des Interessenausgleichs und damit das Eingreifen des § 1 Abs. 5 KSchG daran scheitern lassen, dass die Voraussetzungen einer Betriebsänderung wegen Unterschreitens der Anzahl der zu kündigenden Arbeitnehmer nicht erreicht wurden. Zum anderen hat der Arbeitgeber für eine Altersgruppenbildung sachliche Gründe darzulegen.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-329-6 unter www.betriebs-berater.de